KOMMENTAR: HONORARKÜRZUNGEN UND SELBSTZAHLER-TERMINE

DIE POLITIK KÜRZT DREI MILLIARDEN. SCHULD SOLLEN DIE PRAXEN SEIN.

KBV-Chef Andreas Gassen erwartet, dass Facharztpraxen Kassenpatientinnen und Kassenpatienten künftig Termine gegen Selbstzahlung anbieten. Der GKV-Spitzenverband nennt das „skandalös" und spricht von Ärzten mit über 200.000 Euro im Jahr. Wer so rechnet, verwechselt Ursache und Folge.

München, 14. November 2026. Das Beitragssatzstabilisierungsgesetz ist seit Juli beschlossen, viele Regeln greifen ab Januar 2027. Nach Berechnung der KBV fehlen der ambulanten Versorgung dadurch im kommenden Jahr rund drei Milliarden Euro, ab 2030 rund fünf Milliarden jährlich. Die Leistungen, die Praxen erbringen sollen, bleiben dieselben. Gassen hat ausgesprochen, was daraus folgt. Der Kassenverband greift lieber den an, der es ausspricht, als die Rechnung, die dahintersteht.

WAS GESAGT WURDE

- **Die KBV.** „Niemand kann erwarten, dass die Praxen angesichts der Kürzungen einfach weiter machen wie bisher", sagte Gassen dem Redaktionsnetzwerk Deutschland. Besonders betroffen seien HNO, Orthopädie, Kardiologie, Radiologie und Rheumatologie. Wenn Fachgruppen teils 25 Prozent des Umsatzes verlieren, sei das „existenzbedrohend". Praxen hätten „keine unendliche Leistungsverpflichtung".
- **Der GKV-Spitzenverband.** Vize-Vorständin Stefanie Stoff-Ahnis sieht Versicherte „in Geiselhaft genommen, damit Ärzte ihre Honorare steigern können". Niedergelassene bekämen im Schnitt über 200.000 Euro im Jahr, daran ändere sich nichts.
- **Der Sozialverband SoVD.** Das Szenario sei „hochgradig unsolidarisch und sozial ungerecht" und treffe vor allem Menschen mit wenig Geld und chronisch Kranke.

WAS DAS GESETZ KÜRZT

3 Mrd.
Euro weniger für die ambulante Versorgung 2027, ab 2030 rund 5 Mrd. jährlich (KBV)

46 Mio.
Behandlungsfälle werden laut KBV zusätzlich nicht mehr finanziert

1,64 Mrd.
Euro fallen pro Jahr allein durch das Ende der TSVG-Vergütung weg

200.000 EURO SIND KEIN GEHALT

Die Zahl der Kassen klingt nach Einkommen. Sie ist es nicht. Das Statistische Bundesamt weist für Arztpraxen 2024 einen durchschnittlichen Reinertrag von 338.000 Euro aus, die Hälfte der Praxen liegt bei höchstens 232.000 Euro. Gerechnet wird je Praxis, nicht je Ärztin oder Arzt, und in vielen Praxen teilen sich mehrere Inhaber dieses Ergebnis. Davon gehen noch Einkommensteuer, Kranken- und Pflegeversicherung, die Beiträge zum Versorgungswerk, die Tilgung der Praxiskredite und künftige Investitionen ab. Das Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung hat das einmal durchgerechnet: Aus 172.903 Euro Jahresüberschuss wurden rund 85.500 Euro netto, bei Wochenarbeitszeiten um 50 Stunden. Wer daraus Bereicherung macht, rechnet unvollständig.

BUDGET HEISST: ARBEIT OHNE GELD

Eine Arztpraxis ist ein Betrieb mit im Schnitt fast zehn Beschäftigten. MFA, Miete, Geräte und IT werden jeden Monat voll bezahlt, auch dann, wenn die Kasse für die Behandlung am Quartalsende nur noch einen Teil vergütet. Mit dem Spargesetz wandern weitere Leistungen ins Budget, etwa Früherkennung, Psychotherapie und Termine über die 116117. Wenn Gassen sagt, Praxen hätten keine unendliche Leistungsverpflichtung, beschreibt er keine Drohung, sondern die Lage: Arbeit, die vorab als unbezahlt feststeht, verlangt man sonst von niemandem.

WO DIE KASSEN SELBST SPAREN

Die Netto-Verwaltungskosten der Krankenkassen lagen 2025 bei gut 13 Milliarden Euro, 4,7 Prozent mehr als im Vorjahr. Ab 2027 dürfen sie nur noch mit der Grundlohnrate wachsen. Die Bundesregierung erwartet dadurch rund 100 Millionen Euro Ersparnis im ersten Jahr. Den Praxen fehlen drei Milliarden. Fair ist auch: Der Bundesrechnungshof hat bezweifelt, dass die TSVG-Zuschläge Wartezeiten verkürzt haben. Dann gehören sie verbessert. Sie zu streichen und trotzdem volle Versorgung zu versprechen, schiebt die Kosten in die Praxen.

> **„NIEMAND IN DEN PRAXEN WILL, DASS KASSENPATIENTEN ZAHLEN MÜSSEN. ABER WER DREI MILLIARDEN STREICHT, MUSS OFFEN SAGEN, WELCHE TERMINE DAFÜR WEGFALLEN. DAS IST DIE AUFGABE DER POLITIK UND DER KASSEN, NICHT DER MFA AM TELEFON."**
>
> Stefan Elmshäuser, Initiator der MEDICALPUNKS

WAS JETZT PASSIEREN MUSS

- **Ehrlich bleiben.** Wer kürzt, sagt den Versicherten selbst, welche Leistungen nicht mehr bezahlt werden, und nicht die Praxisanmeldung.
- **Bezahlen, was bestellt wird.** Ein volles Leistungsversprechen braucht volle Vergütung, auch am Quartalsende.
- **Gleiche Maßstäbe.** Kassenverwaltung und Versorgung sparen im selben Verhältnis.
- **Die Teams schützen.** Kürzungen dürfen nicht bei MFA-Stellen und Gehältern ankommen.

DEINE STIMME

WAS ÄNDERT SICH IN DEINER PRAXIS AB JANUAR?

Du bist Ärztin oder Arzt, MFA, Psychotherapeutin oder arbeitest im Praxismanagement? Wo merkst du die Kürzungen schon, was planst du für 2027? Schreib an **sel@medicalpunks.de**, Betreff „Kürzungen". Mit deinem Einverständnis veröffentlichen wir Stimmen in den MEDICALPUNKS-News, mit Namen oder anonym. Nur gemeinsam bewegen wir was.

ÜBER DIE MEDICALPUNKS

Die MEDICALPUNKS sind eine Bewegung für alle, die Versorgung tragen: Ärztinnen und Ärzte, Pflege, Therapie und Praxisteams, angestellt oder selbstständig. Sie arbeiten politisch für das große Ganze statt für Einzelinteressen, wollen die Menschen in der Versorgung sichtbar machen und sie im Alltag konkret unterstützen. Denn nur gemeinsam bewegen wir was. MEDICALPUNKS ist eine Initiative der XSEL GmbH (Riemerling bei München). Initiiert wurde sie von deren Geschäftsführer Stefan Elmshäuser (Dipl.-Kfm.), der seit 2012 Praxen, MVZ und Praxiskliniken berät und zudem Geschäftsführer von ifbig – Institut für Beratung im Gesundheitswesen ist.

PRESSEKONTAKT

STEFAN ELMSHÄUSER

Dipl.-Kfm.
Initiator der MEDICALPUNKS
Geschäftsführer XSEL GmbH
Geschäftsführer ifbig –
Institut für Beratung im Gesundheitswesen

E-MAIL sel@medicalpunks.de
MOBIL +49 151 57 80 83 00
WEB medicalpunks.de
stefanelmshaeuser.de
ifbig.de
INSTA @medicalpunks

Quellen: dpa, „Gassen erwartet Selbstzahler-Termine", 14.11.2026 (Gassen im RND, Stoff-Ahnis, SoVD); KBV-PraxisInfo „Auswirkungen des Spargesetzes", August 2026; Ärzte Zeitung, Bundestagsbeschluss vom 10.07.2026; Statistisches Bundesamt, Kostenstruktur bei Arztpraxen 2024; Zi-Beispielrechnung nach Virchowbund, „FAQ Reinertrag und Arzthonorar"; BMG, Finanzentwicklung der GKV 2025; Regelungen zu Verwaltungskosten nach krankenkasseninfo.de; vdek-Faktenblatt (Bundesrechnungshof).

MUT. GERADE JETZT.